

Seit ihrer Gründung tritt die österreichische Bruderpartei entschlossen für die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ein. Als beispielsweise in den Jahren 1924 und 1925 im Zeichen einer sogenannten wirtschaftlichen Sanierungspolitik massive Versuche unternommen wurden, soziale Errungenschaften der österreichischen Revolution von 1918/19, wie Achtstundentag, Mieterschutz, bezahlter Urlaub für Arbeiter, staatliche Entschädigung für Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen rückgängig zu machen, trat die KPÖ entschlossen

dagegen auf. Dabei sammelte sie Erfahrungen, baute ihre Organisation insbesondere durch die Schaffung von Betriebszellen aus und entwickelte neue Formen der Massennarbeit. So wurden 1924 erstmalig Betriebszeitungen herausgegeben. Im Februar 1926 faßte das Zentralkomitee die Erfahrungen der sozialökonomischen Kämpfe in einem „12-Punkte-Programm“ für höhere Löhne, allgemeine Alters- und Invalidenversicherung, Enteignung von Großgrundbesitz, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Bund und Gemeinden und anderes mehr zusammen.

für sie abgegebenen Stimmen insgesamt noch gering ist, wächst der Einfluß der Partei in der außerparlamentarischen Aktion.

Die KPÖ gibt sich mit den bisherigen Fortschritten nicht zufrieden. Sie geht davon aus, daß die neue politische Situation für die Partei günstigere, zugleich aber auch anspruchsvollere Kampfbedingungen schafft. Hierzu gehören Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse und der Werktätigen. So ist beispielsweise die Zahl der unmittelbar in der materiellen Produktion Beschäftigten seit Mitte der siebziger Jahre um fast 11 Prozent zurückgegangen, während der Anteil der Arbeiter im Dienstleistungssektor um 14,1 Prozent stieg. Ein drastischer Rückgang der traditionellen Schichten der Arbeiterklasse zeigt sich besonders deutlich im Bergbau, in der Metallurgie und in der Textilindustrie. Die Partei leitet daraus Schlußfolgerungen für ihre politische Arbeit und für die Gewinnung neuer Mitglieder ab. Sie ist bestrebt, in allen Grundorganisationen ein solches politisches Klima zu schaffen, das Zuversicht und Optimismus stärkt und Erscheinungen von Resignation überwinden hilft.

In jahrzehntelangen gemeinsamen Kämpfen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus haben sich zwischen deutschen und österreichischen Kommunisten seit der Gründung von KPD und KPÖ im Jahre 1918 enge brüderliche Beziehungen herausgebildet. Die SED bringt der internationalistischen Tradition und Haltung der KP Österreichs hohe Wertschätzung entgegen. Dies kam während des Besuches des Vorsitzenden der KPÖ, Franz Muhri, Ende vergangenen Jahres in der DDR erneut deutlich zum Ausdruck. Unsere Partei wird auch künftig in solidarischer Verbundenheit fest an der Seite der österreichischen Kommunisten stehen.

Gemeinsam für demokratische und soziale Alternativen

Ausgehend von den heutigen Bedingungen und Erfordernissen, bleibt die Verteidigung der sozialen Interessen und demokratischen Rechte der Werktätigen eines der wichtigsten Ziele der KPÖ. Dies kommt konkret und überzeugend in dem vom 26. Parteitag im März 1987 beschlossenen Aktionsprogramm „Gemeinsam handeln für soziale und demokratische Alternativen“ zum Ausdruck. Auf dieser Grundlage entwickelte die KPÖ vielfältige konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verteidigung der Rechte der Frauen, Rentner und nationalen Minderheiten. Die Aktion „Schach der Wohnraumspekulation“ zielt auf die Verteidigung der Interessen der Mieter. Wie ihre Vorschläge zur Sanierung des Staatshaushaltes belegen, geht die Partei dabei von den realen Problemen und Möglichkeiten des Landes aus. Ihre Anregungen zur Steuerreform lassen sich von dem Kriterium leiten, alle Gewinne und Einnahmen entsprechend zu versteuern. Der Staat soll sich das Geld dort holen, wo es im Übermaß vorhanden ist, und nicht in erster Linie die kleinen Sparer belasten. Diese und andere Alternativprogramme sollen mit einem möglichst breiten Kreis von Verbündeten durchgesetzt werden,

aus dem die KPÖ keinen potentiellen Partner ausläßt.

Friedensarbeit ist entsprechend den Beschlüssen des jüngsten Parteitagess eine vorrangige Aufgabe der Partei. Wie unterstrichen wird, dürften die positiven Tendenzen in der internationalen Entwicklung keinesfalls dazu führen, daß die Friedensbewegung in ihren Anstrengungen nachläßt. Vielmehr müsse sie durch weitere Mobilisierung der öffentlichen Meinung dazu beitragen, daß der begonnene Abrüstungsprozeß zielstrebig weitergeführt wird. In diesem Sinne beteiligen sich die Kommunisten aktiv an den diesjährigen Herbstaktionen der österreichischen Friedensbewegung. Eine wichtige Forderung besteht darin, die Militärausgaben des Landes zu reduzieren.

Im Ergebnis ihrer realistischen, den Erfordernissen entsprechenden Politik konnte die KPÖ in jüngster Zeit ihre Positionen teilweise stärken. Nachdem die Partei bei Parlamentswahlen über Jahrzehnte an Stimmen verloren hatte, gelang es ihr im November 1986, diesen Trend aufzuhalten. Diese Entwicklung setzte sich bei den Gemeinderatswahlen in Wien und Graz 1987 bzw. 1988 fort, wo der Stimmenanteil der KPÖ deutlich erhöht werden konnte. Auch wenn die Zahl der